

Joachim Zeller: Zwei Jahre mit Programmarbeit

Fortsetzung von Seite 1



Joachim Zeller, CDU-Landesvorsitzender

Dies war nicht nur eine neue Form moderner Parteiarbeit. Nun verfügt die Hauptstadtunion über wesentliche Bestandteile ihres inhaltlichen Fundaments und über eine politische Antwort auf die gescheiterte Politik des rot-roten Senats.

Joachim Zeller: „Rot-Grün im Bund, und noch mehr Rot-Rot in Berlin versuchen den Rückgriff auf Politikansätze aus der sozialistischen Mottenkiste.

Deren Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell sowie die damit verbundene Bildungsideologie hat unser Land immer zurückgeworfen, ist in einem Teil unseres Landes schon einmal real gescheitert. Deshalb müssen die Akteure dieser Politik so schnell wie möglich aus der Verantwortung für die Zukunft Deutschlands und Berlins entlassen werden.

Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Sicherheit sind die Kernkompetenzen der CDU. Die Berliner Union ist zudem in besonderem Maße der Zukunft der Deutschen Hauptstadt und

ihrer Rolle im erweiterten Europa verpflichtet. Dabei geht es uns in erster Linie um die hier lebenden Menschen - um ihre Vergangenheit mit den Folgen von Krieg und Teilung, um ihre gegenwärtigen Sorgen und Probleme und um die Perspektiven für ihre Zukunft. Die Berliner CDU war stets die Berlin-Partei und wird es bleiben. Die hier vorliegenden Konzepte der Union sind es wert, zuerst gelesen und dann auch gewählt zu werden!“

Joachim Zeller hatte im Vorfeld des Wahlparteitages angekündigt, aus persönlichen Gründen nicht

mehr für eine weitere Amtszeit als Landesvorsitzender zur Verfügung zu stehen. Er müsse und wolle sich in der kommenden Zeit um seine schwer erkrankte Mutter kümmern. Dies sei nicht nur Nächstenliebe, sondern Ausdruck praktizierter christdemokratischer Familienpolitik. Auf der letzten Landesvorstandssitzung dankte er für das Verständnis der Parteiführung für diesen persönlichen Entschluss und wünschte dem künftigen Landesvorstand Kraft und Erfolg für das bevorstehende Superwahljahr 2006.

IN KÜRZE

Rot-Grüner Streit über Steuerpolitik

Vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen liefert sich die rot-grüne Koalition in Berlin einen Streit über Steuersenkungspläne. Nachdem die Grünen von den Gesetzentwürfen der Regierung Abstand genommen hatten, warf der stellvertretende Fraktionschef der SPD, Joachim Poß, dem kleinen Koalitionspartner vor, der Opposition „Steilvorlagen zu liefern“.

Rürup kritisiert SPD

Der Vorsitzende des Sachverständigenrates Bert Rürup hat die Kapitalismus-Kritik der SPD als einen „Ausdruck der Hilflosigkeit gegenüber den Auswirkungen der Globalisierung und des ökonomischen Unverständnisses“ gewertet.

„Eichel-Rechner“ fehlerhaft

Der Steuerrechner des Bundesfinanzministeriums im Internet arbeitet erneut fehlerhaft. So sind Beitragsbemessungsgrenzen in der Arbeitslosenversicherung falsch programmiert. Auch die Berechnung der Krankenversicherung stimme nicht, hat der Bund der Steuerzahler ermittelt.

Kaiser-Otto-Preis an von Weizsäcker verliehen

Bei einem Festakt zum 1200-jährigen Stadtjubiläum Magdeburgs hat der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker am Samstag den erstmals vergebenen Kaiser-Otto-Preis erhalten.

Ehrung für Kohl, Bush und Gorbatschow

Am 17. Juni wird erstmals der „Point-Alpha-Preis“ für Verdienste um die Einheit Deutschlands und Europas verliehen. Preisträger sind Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU), Ex-US-Präsident George Bush senior und der frühere sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow.

Dubioser Immobilien-Deal der SPD-Berlin Wie man Geld um die Ecke bringt

„Berliner Geisterhaus“ betitelt der Focus einen Beitrag, der seit Tagen für Aufsehen sorgt. In der Unterzeile heißt es: Die SPD kassiert nach einem dubiosen Immobiliengeschäft beim Steuerzahler ab.

Eine Staatsrechts-Professorin spricht sogar von „einer Grauzone des Parteiengesetzes“. Was war geschehen?

Das Eckgrundstück im Wedding, auf dem das Kurt-Schumacher-



SPD Landesgeschäftsstelle in der Müllerstraße im Wedding

Haus mit der SPD-Landesgeschäftsstelle steht, sollte 1991 weiter bebaut werden. Der heutige Generalsekretär der Bundes-SPD, Klaus Uwe Benneter, war damals Landes-schatzmeister und zugleich tätig für die parteieigene Grundstücksgesellschaft Wedding GmbH. Ditmar Staffelt, heutiger Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, war zu der Zeit Vorstandschef der Genossenschaft für Wohnungs- und Bauwesen. Im Ergebnis

wurde zwischen der Grundstücksgesellschaft und der Baugenossenschaft am 26. November 1991 ein Erbbaupachtvertrag ver-

nehmensspende, die nicht offiziell ausgewiesen wird“, vermutet ein Bankmanager. Eine Staatsrechtsprofessorin sagt, dies sei „unter

Prozent mehr für die SPD bei der Abgeordnetenhauswahl 1990. In den Augen eines Schatzmeisters der Partei ergibt sich dieses zusätzliche „Wahlergebnis“, wenn man den Zinsbetrag, der über das damals Übliche gezahlt wurde, anhand damals geltender staatlicher Teilfinanzierung in fiktive SPD-Stimmen umrechnet. Ohne um Wähler zu werben, ein nettes Zubrot für die Genossen, die gerade wieder mit Klaus Uwe Benneter an der Spitze die ach so kapitalistischen Umtriebe anderer kritisieren. (dr)

einbart. Mit erstaunlichen Konditionen, wie der Focus berichtet. Für die Nutzung des Teilgrundstücks wurde vereinbart, dass die SPD einmalig 90.000 Euro sowie bis 2041 jährlich 70.000 Euro plus Inflationsausgleich erhalten soll. Immobilienfachleute sagen klar: Für damalige Verhältnisse lag der Zins „um mehr als das Doppelte über Marktniveau“. Insgesamt, so belegt der Focus, würde die SPD 1,7 Millionen zu viel erhalten. „Eine hohe Unter-

Umständen sittenwidrig“ und sieht daher die SPD-Rechenschaftsberichte der letzten Jahre auf dem Prüfstand. Jetzt zahlt der Steuerzahler. 1995 ging nämlich die Baugenossenschaft pleite. Die Bank, die die Zahlungsverpflichtungen übernahm, gehört heute zur mehrheitlich landeseigenen Bankgesellschaft. Derzeit werden allerdings reduzierte Summen gezahlt.

Noch eine interessante Zahl zum Genossen-Deal: 3,5

